

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, PF 120705, 01008 Dresden

Łużyska Alianca
c/o Hanzo Wylem Kell
Huštańca głowna dróha 28
D 03226 Wótošow, wejsny źól Huštań

MdL Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon 0351/493 5801
Telefax 0351/493 5461
Rico.Gebhardt@slt.sachsen.de

Dresden, den 30. April 2013

Schr geehrter Herr Wylem Kell, sehr geehrter Herr Kappa,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben, das hier am 23. April eingegangen ist.

Auf Ihre Fragen möchte ich Ihnen in der gewünschten Konkretheit gerne antworten:

1. Unbeschadet Ihrer Wortwahl, die ich mir so nicht zu eigen machen möchte, haben wir uns als LINKE in Sachsen nicht zuletzt auf unserem „Energie- Parteitag“ im Jahr 2010 öffentlich klar zu einem mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2040 ausgesprochen. Damit ist „Nochten II“ und die drohende Umsiedlung von 1.600 Menschen in der Schleifer Region überflüssig. Entsprechend setzen wir uns für eine intensivere Förderung des forcierten Ausbaus der erneuerbaren Energien ein. Würde sich Vattenfall in diesem Sinne in der Lausitz praktisch schwedischer Energiepolitik annähern, könnte auch dieser Konzern in Sachsen etwas Positives zur notwendigen Energiewende beitragen.
2. Sie sprechen offenbar die fortwirkende Gewichtung des tatsächlichen oder vermeintlichen Gemeinwohls bei der Rohstoffgewinnung gegenüber den Interessen betroffener Grundstückseigentümer an. Dieses Problem beschäftigt uns bereits sachsenweit seit über zwei Jahrzehnten im Zusammenhang mit Gesteinsabbau. Ähnlich enteignende Wirkung kann auch der Anschluss und Benutzungszwang an zentrale Kanalisationseinrichtungen entfalten, wenn Grundstückseigentümer mit sozial unverträglichen Beiträgen belastet werden. Für LINKE hat persönlich genutztes Eigentum im Dienste des alltäglichen Lebens der Bewohner und ihrer Familien einen hohen Stellenwert. Ich erlaube mir allerdings darauf hinzuweisen, dass im vorliegenden Fall der Schleifer Region Weichenstellungen in der Landesplanung maßgeblich sind, und hier drängen wir auf entsprechende Korrekturen, die die Überhöhung der Bedeutung des Braunkohletagebaus beenden.

3. Wir unterstützen die Proteste der Betroffenen, so haben sich an der jüngsten Demonstration am 7. April auch Vertreter der Landtags- und Bundestagsfraktion der LINKEN beteiligt und zu Wort gemeldet. Unser Grundsatz lautet: Keine Umsiedlung gegen den Widerstand der betroffenen Bevölkerung. In diesem Sinne werden wir weiter landespolitisch aktiv sein – auch mit einem neuen Antrag, der in den nächsten Tagen in den Geschäftsgang des Landtags eingebracht wird. – Was die von Ihnen wiederholt angesprochenen sorbischen Belange angeht, die uns sehr am Herzen liegen: Hier sehen wir der weiteren Meinungsbildung in der Dachorganisation der Sorben, der Domowina, mit Interesse entgegen. Es widerspräche nämlich unserem Verständnis der Selbstbestimmung von Minderheiten, scheinbar stellvertretend Positionen einzunehmen, die womöglich von der Mehrheit der Sorbinnen und Sorben gar nicht geteilt werden.

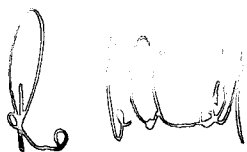
Die Geschichte des Lausitzer Braunkohle-Tagebaus ist zwiespältig – Zerstörung und Wohlstand, Segen und Fluch, wenn man das so nennen will. Wir haben uns hier auch kritisch mit der Geschichte der DDR auseinanderzusetzen, wo die einseitige Fixierung auf die Kohle und die bekannten Effizienz Defizite bei der Energienutzung zum Aus für viele Dörfer führten, ohne dass es eine aus heutiger Sicht angemessene Entschädigung der betroffenen Menschen gegeben hat.

Für uns bleibt dagegen das bereits mehrfach gebrochene Versprechen der Wendezeit 1989/1990 aktuell, dass es eine Energiepolitik, bei der die mehrhundertjährige Geschichte von Dörfern für einige Monate Braunkohleabbau geopfert wird, nicht mehr geben darf. Dies haben leider auch Politiker der CDU vergessen, die bereits in der DDR politische Verantwortung getragen haben.

Wir müssen zugleich zur Kenntnis nehmen, dass der Kampf um Horno und Heuersdorf leider verloren wurde. Ich habe daher persönlich Verständnis für Menschen, die sich davor fürchten, in eine ebenso lange, gesundheitlich stark belastende und letztlich erfolglose Auseinandersetzung hineingezogen zu werden, und daher lieber für eine vorzeitige Umsiedlung plädieren. Deshalb liegt der Schlüssel zu einer Verhinderung der Abaggerung weiterer Dörfer – auch angesichts der immer deutlicher werdenden langfristigen ökologischen Folgen des Braunkohletagebaus wie Verockerung der Spreck oder großflächige Rutschungen in den Nachfolgelandschaften – in einem tätigen politischen Bekenntnis zur Energiewende.

Daher begrüße ich jegliches Engagement, das sich um eine Änderung der politischen Mehrheitsverhältnisse im Bereich der Energiepolitik bemüht. Dies sollte bei den potenziellen Partnerinnen und Partnern vor Ort seinen Anfang nehmen, denen wir gerne zur Seite stehen.

Mit freundlichen Grüßen



Rico Gebhardt, MdL
Fraktionsvorsitzender